

BAUGEWERBLICHE VERBÄNDE

BAUGEWERBE-VERBAND NORDRHEIN
DACHDECKER-VERBAND NORDRHEIN
DEUTSCHER AUSLANDSBAU-VERBAND E. V.
FACHVERBAND AUSBAU UND FASSADE NRW
STRASSEN- UND TIEFBAU-VERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN
ZIMMERER- UND HOLZBAU-VERBAND NORDRHEIN



Graf-Recke-Str.43
40239 Düsseldorf
Tel.: 0211/91429-18
Kontakt: Harald Siebert
h-siebert@bgv-nrw.de

Lob für das „interessante Berufsfeld“ Baugewerbe

SPD-Bauexpertin Philipp sieht in der Landesbauordnung einen „großen Wurf“

Düsseldorf. Die Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung, Sarah Philipp, hat die im Dezember beschlossene neue Landesbauordnung für NRW gegen Kritik verteidigt und als „großen Wurf“ bezeichnet. Es sei der rot-grünen Koalition „im Zusammenwirken mit der Landesregierung gelungen, die vielfältigen Interessen aller Beteiligten unter einen Hut zu bringen. Das mediale Echo belegt das. Es war weitestgehend positiv.“ In einem Interview mit der BauInfo, der Mitgliederzeitschrift der Baugewerblichen Verbände, setzte sich Sarah Philipp für mehr bezahlbares Wohnen ein und lobte das Baugewerbe als „interessantes Berufsfeld“.

Neben inhaltlichen Punkten hatte bei der Verabschiedung der Bauordnung die Ankündigung für Aufsehen gesorgt, das Gesetzeswerk solle nicht für viele Jahre gelten, sondern häufiger verändert werden. Die SPD-Bauexpertin antwortete darauf, die Regelungen seien „nicht in Stein gemeißelt. Wir verstehen Politik als Tagesgeschäft im Interesse der Menschen und auch der Wirtschaft. Dabei kommt es immer wieder darauf an, auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren und für neue Fragen neue Antworten zu finden. Deshalb wird diese Landesbauordnung an vielen Stellen evaluiert und gegebenenfalls bedarfsgerecht fortentwickelt. Das ist auch für das Baugewerbe gut.“

Auf die Ablehnung der Wirtschaft gegenüber dem ebenfalls kürzlich novellierten Tariftreue- und Vergabegesetz entgegnete Sarah Philipp: „Für uns Sozialdemokraten ist gerechter Lohn für gerechte Arbeit eine unveräußerliche Grundforderung der Arbeits- und Sozialpolitik. Lohndumping und Ausbeutung haben auch auf Baustellen nichts zu suchen. An dieser Überzeugung wird sich nichts ändern.“

Eine gute Bezahlung sei zudem ein Pluspunkt beim Werben um Nachwuchskräfte im „interessanten Berufsfeld“ Baugewerbe. Es bedürfe da „beider Faktoren: einer angemessenen tariflichen Entlohnung und einer guten Ausbildung der jungen Menschen. Hier hat sich unser Duales Ausbildungs-

PRESSSEINFORMATION

system bewährt. Was die Schulen angeht, haben wir mit dem Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ unser Augenmerk bereits darauf gelegt, dass schulische Ausbildung mit qualifiziertem Abschluss auch in eine berufliche Tätigkeit mündet. Diesen Weg werden wir fortsetzen.“

Der Kostenanstieg im Bausektor geht laut Philipp nicht alleine auf „den bösen Staat“ zurück. Das halte sie vielmehr „für ein Vorurteil“. Die Verteuerungen seien nach ihrer Erfahrung „im Wesentlichen im Bereich der technischen Gebäudeausrüstung zu verzeichnen“. Hintergrund seien „auch wirtschaftliche Interessen, technische Gebäudeausrüstungsstandards zu erhöhen“. Generell hält die SPD-Politikerin „eine Beschränkung auf vernünftige, pragmatische und wirtschaftliche Standards im Interesse kostengünstigen Bauens“ für „sehr hilfreich“. Dafür werde sich ihre Fraktion auch weiterhin einsetzen. „Darüber hinaus gilt unser Interesse einer Abkehr von der bisherigen Systematik der Energieeinsparverordnungen, weil diese zu unbezahlbarem Wohnraum führt und Investoren abschreckt. Wir brauchen eine quartiersbezogene energetische Betrachtung, nicht mehr konzentriert auf Einzelobjekte. Da, wo erkennbar ist, dass der Aufwand den Grenznutzen überschreitet, wird nicht mehr investiert. Wenn wir klimagerechten modernen Wohnraum in ausreichender Menge schaffen wollen, der für die Menschen auch bezahlbar ist, brauchen wir intelligente und bezahlbare Lösungen. Die Lösung dieses Themas liegt allerdings in Berlin.“

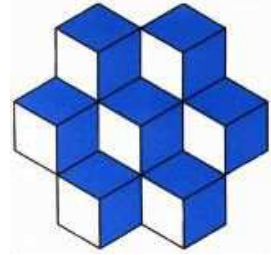
Im Infrastrukturbereich habe „das „Jahrzehnt der Baustellen“ längst begonnen. Es ist Minister Groschek zu verdanken, dass das Thema Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur wieder in den öffentlichen Fokus gerückt ist. Die positiven Ergebnisse sehen wir heute in Heller und Pfennig. Wir haben in NRW mit zahlreichen Maßnahmen dafür gesorgt, dass der Erhalt und die Fortentwicklung unserer Verkehrsinfrastruktur wirkungsvoll angegangen werden kann. Das gilt für die Bundesverkehrswege ebenso wie für die landeseigene Infrastruktur. Allein in die Bundesfernstraßen in NRW werden wir in diesem Jahr mehr als eine Milliarde Euro investieren können. Wenn es Hemmnisse gibt, dann liegen sie in einem reformbedürftigen Planungsrecht. Wir brauchen kürzere Entscheidungs- und Klagewege. Der Zeitfaktor ist das Hauptproblem, nicht Geld oder Know how. Das hilft allen Beteiligten, ohne dass Bürgerrechte oder Umweltschutzbelange beschnitten werden müssen.“

PI 13/02/2017

Die Baugewerblichen Verbände als Stimme des Bau- und Ausbaugewerbes

Die Baugewerblichen Verbände vertreten als Dachorganisation von sechs Landesinnungsverbänden aus dem Bau- und Ausbaugewerbe die Interessen von etwa 5.000 mittelständischen Unternehmen in NRW mit etwa 55.000 Mitarbeitern gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Sie bieten zudem als Dienstleister umfassenden Service und Beratung für die Betriebe. In den ehrenamtlichen Gremien der sechs Verbände engagieren sich gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Unternehmer.

Das Baugewerbe stellt den bedeutendsten Handwerksbereich dar. Bei den zentralen wirtschaftlichen Kennziffern übertrifft es in NRW zudem die Bauindustrie sehr deutlich - bei Betriebs-, Mitarbeiter- und Umsatzzahlen um den Faktor 3, bei den Auszubildenden um den Faktor 6.



PRESSEINFORMATION